JULI 2021, 1. AUSGABE

frei.hessen

MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN

NIE GAB ES MEHR ZU TUN.

© Chaperon

Gestalten wir unser Land

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

Foto: © Tobias Koch

die neue Ausgabe unseres Magazins frei.hessen erreicht Sie wenige Monate vor der Bundestagswahl. Nach sechzehn Jahren Kanzlerschaft tritt Angela Merkel nicht erneut an. Mit ihrem Rückzug eröffnen sich neue Perspektiven, nicht zuletzt deshalb, weil sich die politische Landschaft in ihrer Amtszeit verändert hat. Während Zweierbündnisse früher in aller Regel für eine Regierungsmehrheit ausreichten, gilt dies heute nicht mehr, noch nicht einmal für die Große Koalition. Der Wahlausgang am 26. September ist völlig offen. Sicher ist nur: Es kann nicht alles so bleiben, wie es ist. Was aber bedeutet das für uns Freie Demokraten?

Nach wie vor gilt: Es kommt auf die Inhalte an. Anstatt auf Köpfe, Koalitionen und Ministerposten zu schielen, richten wir unsere Politik an der Frage aus, was die Menschen in unserem Land voranbringt. Was profan klingen mag, beschreibt die Prämisse unseres Handelns. Hätten wir um jeden Preis regieren wollen, wären wir vor vier Jahren in eine Jamaika-Koalition eingetreten. Dennoch müssen wir nach vier weiteren Jahren Schwarz-Rot zur Kenntnis nehmen, dass die Zeit für einen Politikwechsel endgültig gekommen ist. Diesen wollen wir gestalten. Schauen wir in die Politiklabore der Wettbewerber, sehen wir, SPD und Grüne sind nur kreativ, wenn es um mehr Belastung geht. Die CDU hat lange an ihrem Wahlprogramm gebastelt. Ihre Positionen sind am Tagesgeschäft orientiert. Nicht zuletzt zu sehen in der Aufgabe der Schuldenbremse.

Das schlechte Krisenmanagement der Bundesregierung ist untrennbar mit ihrem Versäumnis verbunden, wegweisende Modernisierungsprojekte anzugehen. Mit einer modernen, digitalen und vor allem unbürokratischeren Verwaltung wäre uns die Pandemiebekämpfung wesentlich leichter gefallen. Mit mehr Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur hätten sich Familien nicht derart großen Belastungen ausgesetzt gesehen. Nichts davon ist geschehen. In der Folge kamen die Masken zu spät, reichte der Impfstoff nicht aus und waren Schnelltests zuerst im Discounter statt in Kitas und Schulen. All das hat das Vertrauen der Menschen in die Krisenkompetenz der Bundesregierung erschüttert.

Mehr denn je kommt es jetzt darauf an, dass wir die Chancen, die unser Land hat, auch nutzen. Mit Digitalisierung, wirtschaftlicher Vernunft, bester Bildung für alle und Chancengerechtigkeit für die breite gesellschaftliche Mitte wollen wir Deutschland nach vorne bringen. Deshalb setzen wir Freie Demokraten alles daran, zu der gestaltenden Kraft in unserem Land zu werden. Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit Ihnen und hoffe sehr, dass wir uns bald wieder persönlich treffen können. Für mich lebt Politik noch immer von leibhaftigen Begegnungen.

IHRE

B. Stark-Watzinger

BETTINA STARK-WATZINGER, MDB
LANDESVORSITZENDE

facebook.com/FDPHessen/

instagram.com/fdp_hessen/

Sie können frei.hessen auch online lesen:
fdp-hessen.de/frei-hessen

twitter.com/fdphessen

https://fdp-hessen.de/

INHALT

© marchmeena29/iStock/Getty Images Plus

Titelthema

4 Deutschland Chancenland
von Bettina Stark-Watzinger

Fokus

8 Hessen zum Open-Data-Vorreiter machen

Rückblick

10 Nach der Kommunalwahl auf dem Weg nach oben?

Fokus

12 Deutschland kann mehr

Schwerpunkt

14 Multitalent Wasserstoff

Fremde Feder

16 Priorität für Bildung
von Ludger Wößmann

Meldungen

18 Persönliches

© ifo Institut

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH, Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-14

FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN IM HESSISCHEN LANDTAG Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.), Schloßplatz 1–3, 65183 Wiesbaden, Telefon 0611 350-576, E-Mail: fdp@ltg.hessen.de, www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN Michael Brückmann (V.i.S.d.P.), Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611 99906-15, E-Mail: hessen@fdp.de, www.fdp-hessen.de

REDAKTION Oliver Stirböck, Wiebke Knell, Moritz Promny, Stefanie Heil, Tatjana Hajmássy, Michael Brückmann

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint gewöhnlich zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEIS iStock | Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag | FDP Landesverband Hessen | FDP Frankfurt FDP Wiesbaden | Rina Zinman | Büro Alexander Müller, MdB | Tobias Koch | Daniela Steffek | Yolanda Alexiev | Jakob Erl | Tim Trela Lotte Cellarius | Chaperon | Ralf Kaltenbach

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/12360-2106-1004

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C115407

© iStock/GettyImages Plus / Halfpoint. Stock-Foto. Mit Model gestellt.

Deutschland Chancenland

Das Aufstiegsversprechen erneuern

Von Bettina Stark-Watzinger, MdB

Jeder soll unabhängig von Talent und Herkunft seinen ganz persönlichen Lebensweg gehen können – für Freie Demokraten nicht verhandelbar. Aber selbst in einem „reichen" Land wie Deutschland ist die Realität eine andere. Mit der Geburt ins „richtige" oder „falsche" Elternhaus ist der Lebensweg statistisch vorgezeichnet. Aber ein richtiges oder falsches Elternhaus darf es schlicht nicht geben.

Der soziale Aufstieg funktioniert in Deutschland nicht reibungslos. Die Nachkriegsgenerationen hatten den Leitspruch „Unseren Kindern soll es einmal besser gehen als uns". Das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft war durch die Teilhabe an neuen Technologien und einem wachsenden materiellen Wohlstand erlebbar. Aus Arbeiterkindern wurden Akademiker. Aber heute ist die soziale Leiter schwerer zu erklimmen. Viele junge Menschen haben das Gefühl, dass es ihnen nicht besser geht als ihren Eltern.

Die Wohnung, das Auto oder der nächste Urlaub müssen finanziert werden. Die Schaffung von zusätzlichem Wohlstand gelingt aber zu wenigen Menschen. Gerade in entscheidenden Lebenssituationen ist der Staat nicht Chancengeber, sondern legt uns immer wieder Steine in den Weg. „Wohlstand für Alle" ist heute nicht mehr für alle garantiert.

Zeit, dass sich etwas ändert. Machen wir sozialen Aufstieg durch eine liberale Politik wieder möglich. Fol-

gende acht Punkte sind ein Angebot für alle, die unser Land mitgestalten wollen. Denn so wie es ist, kann es nicht bleiben.

Chancengerechtigkeit beginnt bei den Kleinsten

Chancengerechtigkeit ist insbesondere eine Frage von Bildungschancen. Bildung beginnt aber nicht erst in der Grundschule. Unsere Kleinsten stellen bis zu 400 Fragen an einem Tag. Wie viele Antworten wir geben und wie viel weitere Neugierde wir wecken, hängt maßgeblich von der frühkindlichen Bildung ab. Wer bei der Einschulung zum Beispiel nicht ausreichend Deutsch spricht, wird es schwer haben, Rückstände aufzuholen. Es genügt also nicht, über gebührenfreie Kitas zu sprechen. Es muss uns darum gehen, wie gute Betreuung aussieht.

Dazu müssen wir unsere Kitas finanziell stärken. Bund und Länder haben die Pflicht sich gemeinsam ambitionierte Qualitätsstandards zu geben. Der Erzieherberuf muss durch ansprechende Vergütung und hochwertige Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten finanziell gestärkt werden. Jedes Kind sollte mindestens ein Jahr vor der Einschulung auf die Deutschkenntnisse geprüft werden. Denn wie der berühmte Hesse Goethe einmal sagte: „Wenn wir oben nicht anfangen richtig zu knöpfen, kommen wir unten nicht richtig an."

Das Aufstiegsversprechen muss vor allem in der Schule gelten

Das Elternhaus darf nicht ausschlaggebend für den schulischen Erfolg der Kinder sein. Wir müssen jedes Talent fördern. Aber dazu muss uns Bildung mehr wert sein.

Vor Corona lagen die Ausgaben für Soziales in Deutschland bei über einer Billion Euro. Das sind mehr als 30 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes (BIP). Bildung war uns hingegen nicht mehr als 4,4 Prozent des BIPs wert. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 5 Prozent und es gibt Länder, denen Bildung mehr als 6 Prozent wert ist. Man kann das als reinen Zahlenvergleich abtun. Aber ich will Deutschland in die Top 5 der OECD-Länder führen. Weil sich daran entscheidet, ob wir weltbeste Bildung für jeden mit modernsten Unterrichtsmethoden ermöglichen.

Dazu müssen die Gelder aus dem Digitalpakt endlich fließen, die Schulbürokratie ausgemistet werden und moderne Unterrichtsformen Einzug in den Schulalltag halten. Unseren Schülern sollten wir die Kompetenzen von morgen vermitteln. Die Digitalisierung wartet nicht. Hessen steht nicht im Bildungswettbewerb mit Sachsen, daher sollten wir den Bildungsföderalismus überarbeiten. Aber nur in den großen Fragen wie Digitalisierung und Qualitätsstandards. Ziel muss eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Bund, Land und Schule sein.

Die PISA-Studie zeigt, dass Kinder an Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen erzielen. Mit Talentschulen wollen wir ganz besonders Schüler in sozialen Brennpunkten fördern. Denn auch im 15. Stock einer Hochhaussiedlung entstehen Träume und gesellschaftlich wertvolle Ideen. Für uns Freie Demokraten ist klar – wie gerecht eine Gesellschaft ist, zeigt sich am Umgang mit ihren Talenten.

Chancen durch lebenslanges Lernen schaffen

Das Wissen in unserer Welt vermehrt sich rasant. Dauerte es zwischen 1400 und 1900 noch 500 Jahre, bis sich menschliches Wissen verdoppelte, waren es von 1900 bis 1950 nur noch 50 Jahre. Von 1950 bis 1970 20 Jahre. Tendenz fallend. Wer heute 50 Jahre oder älter ist, musste in seinem Leben schon so manche neue Technik erlernen. Unser Bildungssystem ist dem nicht gewachsen. Die „erste Phase" unseres Lebens, in der wir lernen, Informationen anhäufen, Fertigkeiten und Weltbilder entwickeln, endet bisher oft mit dem Eintritt in das Berufsleben. Man vertraut auf Gelerntes, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen und sich in der Gesellschaft einzubringen. Das ist kein Zukunftsmodell. Nach dem Schul- bzw. Hochschulabschluss darf Bildung nicht aufhören. Wir brauchen einen Pakt von Politik und Wirtschaft, lebenslang Chancen zu bieten. Die Skandinavier machen es uns vor. Dort geht es nicht nur um Statuserhalt, sondern lebenslang um Statuserwerb.

Lebenswege sind vielfältig. Nicht jeder läuft wie gewünscht und Erwerbsformen werden sich immer häufiger in Zick-zack-Lebensläufen widerspiegeln. Darin müssen wir die Chance erkennen. Wir Freie Demokraten wollen das Thema voranbringen, nicht zuletzt mit einem „Midlife-BAföG". Damit sollen Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglicht werden. Übergänge müssen fließender werden, d. h., Hochschulen müssen sich noch stärker für die akademische Weiterbildung und Lehrangebote jenseits der Erstausbildung öffnen. Eine Gesellschaft, die lebenslanges Lernen zur Hauptpriorität macht, hört nie auf, sich zu entwickeln.

Vielfalt als Chance begreifen

Mal ehrlich: Glauben Sie, dass jemand mit dem Nachnamen Türeci in Deutschland die gleichen Einstellungs-

chancen hat wie jemand mit dem Namen Müller? Tatsächlich hätte der Personalverantwortliche vielleicht eine große Chance verpasst, nicht Frau Türeci einzustellen. Schließlich haben Özlem Türeci und Uğur Şahin uns mit dem Corona-Impfstoff beglückt. Aber noch immer erfahren Mitbürgerinnen und Mitbürger Nachteile – aufgrund des Namens, der Hautfarbe, der Postleitzahl oder des Geschlechts. Wenn Menschen schlechtere Jobchancen aufgrund äußerer Merkmale haben, läuft etwas schief. Denn es geht bei dem Leistungswillen eines Menschen nicht um äußere Merkmale. Es geht um die richtige Einstellung.

Leider gibt es immer noch unbewusste Rollenbilder, die wir Menschen zuschreiben. Ein Beispiel, das gut erforscht ist: Im Start-up-Bereich werden Gründerinnen von Investoren eher nach den Risiken befragt, was schiefgehen könnte. Männliche Gründer werden dagegen nach dem Potenzial des Start-ups befragt. Entsprechend mehr Wagniskapital bekommen Männer in Finanzierungsrunden. Damit entgehen am Ende – um im Beispiel zu bleiben – sowohl Investoren als auch der Gründerin Chancen. Es braucht daher eine Kultur der Aufmerksamkeit, um auf die unterbewussten Rollenbilder aufmerksam zu machen. Hier sind besonders wir Liberale gefragt. Wir müssen die Vielfalt stärken. Für Freie Demokraten steht fest: Es geht nicht darum, woher jemand kommt oder welches Essen sie ist. Es geht darum, ob wir gemeinsam unser Land voranbringen wollen.

Chancengeber statt Reparaturbetrieb

Die Menschen in unserem Land wollen kein Mitleid, sondern Respekt. Respekt vor der Leistung des Einzelnen kann man nicht per Gesetz verordnen. Man muss ihn als Gesellschaft leben. Dazu gehört auch der Respekt vor Menschen aus allen Sozialschichten, die sich anstrengen. Die Unterstützung der Gemeinschaft in schwierigen Situationen zu bekommen, ist kein Makel. Es ist eine Selbstverständlichkeit. Wer neben der Unterstützung des Staates arbeitet, muss feststellen, wie wenig ihm davon bleibt. Wenn die Stunde mehr an Arbeit zu weniger im Portemonnaie führt, dann ist das kein attraktives Geschäftsmodell. Mehr arbeiten und weniger verdienen – das kann, das darf man niemandem zumuten.

Aber zu dem Respekt vor dem Einzelnen gehört auch der Grundpfeiler, dass Anstrengung sich lohnen muss. Wie sozial ein Staat ist, zeigt sich nicht an der Höhe des Sozialbudgets, sondern an den Chancen, die er gibt.

Meinen wir es ernst mit dem Aufstieg, dann müssen wir das Wohneigentum fördern

Bezahlbares Wohnen wird in Ballungsgebieten immer mehr zur Herausforderung. In der Vergangenheit hat der Staat viel reguliert. Besser hat er es nicht gemacht. Im Gegenteil: Mietpreisbremse, Mietendeckel oder gar Enteignung sorgen nicht für mehr Investitionen und damit für mehr Wohnangebot. Im Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage hilft nur eins: Mehr Bauen! Das muss uns schneller und günstiger gelingen. Dafür wollen wir die Abschreibungsmöglichkeiten für Wohnungsbauinvestitionen erhöhen oder die Bauordnungen der Länder harmonisieren. Statt jeden einzelnen Neubau als Unikat zu planen, sollten wir stärker auf serielles und modulares Bauen setzen. Dadurch könnten Baugenehmigungen digital und teilautomatisiert ablaufen. Ich bin überzeugt: Bauen lässt sich einfacher und günstiger gestalten.

Ein Freibetrag von bis zu 500.000 Euro bei der Grunderwerbsteuer für das selbstgenutzte Wohnobjekt wäre auch ein Zeichen, dass es die Politik ernst meint, mehr Menschen Wohneigentum zu ermöglichen. Um mehr Mieter zu Eigentümern zu machen, sind Mietkauf-Modelle eine Antwort. Dadurch können wir auch Menschen, die sich Wohneigentum bisher nicht leisten können, zu Eigentümern machen. Helfen wir den Menschen, aus ihrem Traum vom Eigenheim ein realistisches Ziel werden zu lassen.

Eigentum macht finanziell unabhängig

Der chinesische Unternehmer Jack Ma hat einmal erklärt, warum sich autoritäre Regime vor Eigentum fürchten. Er nannte die Freiheit und seine integrale Bedeutung für Wirtschaft und Wohlstand. Ihn hat es fast seine Freiheit gekostet. Wir halten es für gefährlich, dass auch in Deutschland immer wieder Stimmen laut werden, die die Soziale Marktwirtschaft als ungerecht abqualifizieren. Es gibt derzeit eine Verführung, die eigentliche Agenda unter dem Deckmantel einer großen politischen Herausforderung zu vermarkten. Zuletzt war dies im Zuge der Veröffentlichung des Berichts über die Vermögensverteilung in unserem Land zu beobachten. Das Problem ist aber nicht, dass es vermögende Menschen gibt, sondern dass die breite Masse der Bevölkerung wenig bis kein Vermögen besitzt.

Die moderne Kritik an Vermögen und Eigentum kleidet sich gerne sogar in ein bürgerliches Gewand und artikuliert sich weniger schrill und grell als früher. Die Inhalte und Kampflinien haben jedoch kaum an Radikalität verloren. So bekennen sich die Grünen in ihrem Parteipro-

gramm zum Eigentum, um es im gleichen Atemzug als Gefahr für die Demokratie und den Wohlstand in unserem Land zu geißeln. Vor diesem Hintergrund mag es auch nicht verwundern, dass Robert Habeck kürzlich ältere Menschen zum Auszug aus der selbstgenutzten Immobilie aufforderte. Dabei ist Eigentum das Vitamin E unserer Gesellschaft. Um allen Menschen ein eigenverantwortliches Leben in unserem Land zu ermöglichen, braucht es den politischen Willen, Themen wie die Förderung des Eigenheims, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung oder die Vereinfachung der Wege zur privaten Vorsorge konsequent anzugehen. Dafür ist jedoch nicht weniger als ein Mentalitätswandel notwendig. Die Väter unseres Grundgesetzes hatten schließlich keine Staatskunden vor Augen, sondern Staatsbürger mit bürgerlichen Freiheitsrechten.

Die Mittelschicht endlich steuerlich entlasten

Gerade die deutsche Mittelschicht muss so viel vom erarbeiteten Einkommen abgeben wie nirgendwo sonst auf der Welt. Warum müssen die Einnahmen des Staates schneller wachsen als die Einnahmen seiner Bürger? Es ist nicht gerecht, wenn ausgerechnet der Staat den Menschen das selbstbestimmte Leben schwer macht. Wir brauchen wieder eine faire Balance zwischen Staat und seinen Bürgern.

Der soziale Aufstieg gelingt nur denen, die ausreichend finanzielle Mittel haben: Daher sollten den Spitzensteuersatz auch wieder nur Spitzenverdiener zahlen und nicht schon normale Fachkräfte. Ich halte es daher für sehr sinnvoll, den Spitzensteuersatz auf 90.000 Euro zu erhöhen. Dadurch wird der Steuertarif für alle Steuerzahler verschoben. Zudem muss der Mittelstandsbauch abgeschafft werden. Er sorgt dafür, dass bei einer Lohnerhöhung bei niedrigen und mittleren Einkommen die Steuer überproportional steigt. Unsere Einkommensteuerpläne werden zu Ausfällen im Haushalt führen. Wir sollten aber für die Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger kämpfen. Wir haben als Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren gezeigt, dass wir durch Einsparvorschläge an anderen Stellen unsere Pläne finanzieren können und am Ende sogar weniger Schulden gemacht hätten als die Große Koalition.

Es gibt keine Zauberformel für den sozialen Aufstieg. Viel hängt von den individuellen Lebensläufen, von den Erfolgen und Schicksalsschlägen ab. Wir haben als Politik aber die Aufgabe, es jedem so einfach wie möglich zu machen, Pilot seines eigenen Lebens zu werden. Der soziale Status sollte nicht weitervererbt werden. Jede und jeder Einzelne ist es wert, bestmöglich gefördert zu werden. In diesem Sinne gab es nie mehr zu tun.

Hessen zum Open-Data-Vorreiter machen

Öl der Zukunft

© metamorworks/iStock/Getty Images Plus

Daten werden oft als das „Öl“ oder „Gold“ der Zukunft bezeichnet. Wie Öl und Gold sind Informationen, Daten und Datenanalysen ungemein wertvolle Ressourcen. Und wie ihr fossiles Gegenstück müssen Daten gefördert werden, um zum Treibstoff der digitalen Wissensgesellschaft zu werden. Die Verfügbarkeit und Nutzbarmachung von Daten ist daher eine entscheidende Aufgabe für innovationsorientierte Wirtschaftspolitik, die Digitalisierung als Chance versteht.

Bei seinem letzten Besuch in Wien hat Oliver Stirböck die gesamte Stadt einzig und allein mit seinem Smartphone erkundet. Egal ob er nach ÖPNV-Haltestellen und -Fahrplänen, öffentlichen Toiletten oder WLAN-Hotspots gesucht hat – eine interaktive Stadtführer-App hat ihn direkt und zielgenau an den gewünschten Ort navigiert. Ein ähnliches Angebot gibt es für Wanderer, die in Nordrhein-Westfalen unterwegs sind. Hier hat ein Start-up eine App entwickelt, die individuelle Routen plant und dabei historische Hintergründe über die Umgebung liefert. Leider gibt es diese Angebote jedoch nicht überall. Grund ist der oft fehlende Zugang zu den entsprechenden Daten. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt ebenso wie die österreichische Hauptstadt seine Daten offen zur Verfügung. Davon profitieren vor allem Bürgerinnen und Bürger.

Verwaltungsdaten offen bereitstellen

Die Behörden des Landes Hessen bieten keinen einheitlichen, freien Zugang zu ihren Datenressourcen. Hier fehlt es an einer gesetzlichen Regelung zu offenen Daten – meist Open Data genannt. Offene Daten liefern Impulse für wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen. Sie eröffnen neue Möglichkeiten der digitalen Teilhabe und Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Und sie bieten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und Start-ups große Potenziale für innovative Geschäftsmodelle.
Nach seiner Rückkehr aus Wien hat sich Stirböck das Ziel gesetzt, die Daten des Landes Hessen aus den Schreibtischen und von den Festplatten der Verwaltung zu holen und öffentlich zugänglich zu machen. „Dafür benötigen die Behörden klare rechtliche Vorgaben, die festlegen, welche Daten in welcher Form veröffentlicht werden müssen“, stellte der digitalpolitische Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag schnell fest. Nun hat Stirböck gemeinsam mit seiner Fraktion einen Gesetz-

WAS IST OPEN DATA?

Der Begriff Open Data (deutsch: offene Daten) bezeichnet die Bereitstellung von Datenbeständen zur freien Nutzung, Weiterverarbeitung und Weiterverwendung. Daten mit Personenbezug und Daten, die anderen Schutzrechten unterliegen (z. B. Geschäftsgeheimnisse, Verschlusssachen), sind davon ausdrücklich ausgenommen. Open Data sind in der Regel ungefilterte elektronische Daten (Rohdaten), die in maschinenlesbarer Form vorliegen. Der Zugriff auf die Daten muss kostenfrei, zu jeder Zeit, ohne verpflichtende Registrierung und ohne Begründung möglich sein.

entwurf in den Hessischen Landtag eingebracht, mit dem das Hessische E-Government-Gesetz novelliert und die rechtliche Grundlage für die Bereitstellung von Open Data in Hessen geschaffen werden soll. Mit der Novelle werden hessische Behörden verpflichtet, unbearbeitete, maschinenlesbare Daten, die sie zur Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben erhoben haben, als offene Daten gebührenfrei bereitzustellen. „Alle geeigneten Daten der Landesverwaltung – mit Ausnahme von personenbezogenen Daten und Daten, die anderen Schutzrechten unterliegen – sollen gebührenfrei und in maschinenlesbarer Form in einem nutzerfreundlichen Open-Data-Portal veröffentlicht werden", erklärt der Digitalpolitiker. Ein solches Portal existiert bereits für NRW, wo ein stetig wachsender Datenbestand an offenen Verwaltungsdaten zur Verfügung steht. „Die Bereitstellung von Daten ist mit einem initialen Mehraufwand verbunden, beschleunigt aber Modernisierung und Innovation innerhalb der Verwaltung", führt Stirböck als weiteren Vorteil an. Im Open-NRW-Portal können teilweise auch kommunale Daten abgerufen werden. Stirböck wünscht sich, dass auch die hessischen Kommunen vom Land unterstützt werden, die Chancen von Open Data zu nutzen und geeignete Daten verstärkt bereitzustellen. Daten zum Verkehrsaufkommen und zur Luftqualität könnten zum Beispiel den innerstädtischen Verkehr noch „smarter" machen. Umweltdaten könnten unter anderem Aufschluss über die Qualität von Leitungswasser in einzelnen Stadtteilen geben. Mit offen bereitgestellten Geodaten könnten Landwirte ihre Felder zentimetergenau düngen. Die Möglichkeiten von Open Data sind unendlich – Voraussetzung ist, dass die Daten verlässlich zur Verfügung stehen. „Kein Start-up wird eine nützliche App programmieren, wenn es nicht weiß, ob die nötigen Daten morgen noch zur Verfügung stehen", begründet der Innovationspolitiker. Die von ihm im Gesetz verankerte Pflicht zur Veröffentlichung der Landesdaten sei deshalb unabdingbar. Mit Spannung blickt er nun in den Herbst. Dann wird sein Gesetzesvorschlag im Hessischen Landtag beraten werden. Findet er eine Mehrheit, könnte Stirböck mit seinem Smartphone bald auch in Wiesbaden auf Erkundungstour gehen.

OPEN-NRW-PORTAL:
open.nrw/open-data

Nach der Kommunalwahl auf dem Weg nach oben?

Die Freien Demokraten haben bei den Kommunalwahlen im März mit hessenweit 6,7 Prozent das beste Wahlergebnis seit 1968 erzielt – ein beachtlicher Erfolg in Anbetracht der zahlreichen Mitbewerber. Das starke Ergebnis gibt der Partei Rückenwind für die Bundestagswahl im September und verleiht ihr auf kommunaler Ebene zusätzliche Schlagkraft. Am augenfälligsten äußert sie sich in den Großstädten, wo sie inzwischen nicht nur in Offenbach, sondern auch in Frankfurt mitregiert.

Rückenwind für Berlin

Der kurz nach der Kommunalwahl aus dem Amt geschiedene Landesvorsitzende Dr. Stefan Ruppert konnte zufrieden sein. In seine Amtszeit fielen die zwei besten hessischen Kommunalwahlergebnisse der letzten 50 Jahre, auch Ergebnis einer motivierten Basis und eines professionellen Kampagnenrahmens. Ruppert sah in den Resultaten „auch eine Anerkennung unserer von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene konstruktiv-kritischen Politik zur Bewältigung der Corona-Pandemie". Generalsekretär Moritz Promny sekundierte, die Kampagne unter dem Motto „Was wirklich zählt" habe die Politik der Freien Demokraten auf das Wesentliche fokussiert: Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur. Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Krise hätte die Bedeutung dieser Themen zugenommen. Die neue Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger blickte derweil weiter in die Zukunft: „Das Ergebnis der Kommunalwahl ist ein starker Start in das wichtige Wahljahr 2021, das maßgeblich über den zukünftigen Kurs des Landes entscheiden wird." Sie spürt „Rückenwind".

Top-Ergebnisse

In der Gesamtbetrachtung stechen die FDP-Ergebnisse im Hochtaunuskreis (11,4 Prozent) und der Landeshauptstadt Wiesbaden (10,1) heraus. Beachtlich ist vor allem die Steigerung um 1,5 Prozent im nordhessischen Waldeck-Frankenberg. Unter den kleineren Städten und Gemeinden erzielte die FDP in Rosenthal herausragende 37,9 Prozent. In Steinbach (Hochtaunus) blieb die FDP mit 29,8 Prozent stärkste Kraft, obwohl die Partei seit dem Wechsel von Dr. Stefan Naas in den Hessischen Landtag nicht mehr den Bürgermeister stellt.

Mehr Gewicht durch Koalitionen

Oft unter dem Radar: Neben den beiden Großstädten Frankfurt und Offenbach gibt es auch Koalitionen mit FDP-Beteiligung im Lahn-Dill-Kreis und neuerdings im

© Vectorcreator / iStock / Getty Images Plus

Odenwald- wie im Schwalm-Eder-Kreis. Im Main-Taunus-Kreis kann sich Kreisbeigeordneter Johannes Baron zum Redaktionsschluss noch große Hoffnungen auf die Fortsetzung der Jamaika-Koalition machen. Im Fuldaer Kreistag ist die FDP Teil einer Kooperation. In Hersfeld-Rothenburg tritt die FDP nach Medienberichten in einem als „Einheit auftretenden Block" auf. Auch in Wiesbaden erscheint die Situation noch offen. In den „Mittelstädten" gibt es zudem weitere zahlreiche Koalitionen bzw. Optionen dafür, so etwa in Hanau, Marburg, Fulda, Wetzlar und Rüsselsheim.

Zersplitterung des Parteiensystems

Die Zersplitterung des Parteiensystems erschwert die Koalitionsbildung. In Frankfurt regiert mit Grünen und SPD neben der FDP auch Volt, in Offenbach gibt es eine Ampel, im Main-Taunus-Kreis wahrscheinlich Jamaika, im Odenwaldkreis koalieren SPD und FDP mit der ÜWG, in Rheingau-Taunus CDU und FDP mit der ÜWG, in Schwalm-Eder SPD und FDP mit FWG/Piraten, in Hersfeld-Rothenburg kooperieren offensichtlich SPD, FDP und zwei freie Wählergruppen.

Das Ende der Traumhochzeiten

Parteienforscher sind sich relativ einig: Der Trend zur Segmentierung des Parteiensystems bleibt. „Die Wähler, aber auch die Parteimitglieder, werden sich an ungewöhnliche Konstellationen gewöhnen müssen", hieß es aus dem Landespräsidium der Partei. Eine Koalition mit einem Traumpartner werde der Ausnahmefall sein. An die letzte große Traumhochzeit haben die meisten Mitglieder ohnehin alles andere als gute Erinnerungen. 2009 vermählte sich „Schwarz-Gelb". Vier unproduktiven Jahren mit Dauerstreit („Gurkentruppe", „Wildsäue") folgte der Super-GAU: Die FDP flog 2013 aus dem Deutschen Bundestag und Unionsfraktionschef Volker Kauder stimmte am Wahlabend euphorisiert „An Tagen wie diesen" an. Für die Freien Demokraten kann die Unübersichtlichkeit des Parteiensystems neue Möglichkeiten eröffnen. In einem Wahlsystem mit vielen kleineren und wenig mittelgroßen Parteien steigt die Relevanz der FDP wieder. Das zunehmend lockere Wahlverhalten im Zuge der Auflösung klassischer Wählermilieus ist nicht nur existenzbedrohend, wie es die Freien Demokraten 2013 erleben mussten. Es bietet auch Chancen, in neue Sphären aufzusteigen, wenn man es richtig macht. Dazu gehört es, so Parteichef Christian Lindner, „selbstbewusst" zu sein „bei den liberalen Werten und Projekten" und „weiter bescheiden im Auftritt".

Top-Ergebnisse FDP Hessen (in Prozent)

Rosenthal	**37,9**
Steinbach (Taunus)	**29,8**
Tann (Rhön)	**27,7**
Willingen (Upland)	**26,5**
Bruchköbel	**23,9**
Diemelsee	**21,8**
Seligenstadt	**21,1**
Lichtenfels	**20,5**
Twistetal	**20,1**
Melsungen	**19,9**

Deutschland kann mehr

Bettina Stark-Watzinger wurde auf dem digitalen Landesparteitag in Willingen mit 91,7 Prozent zur neuen Landesvorsitzenden der hessischen Freidemokraten gewählt. Die Bundestagsabgeordnete aus Bad Soden folgt auf den Oberurseler Dr. Stefan Ruppert, der sein Amt nach sieben erfolgreichen Jahren zur Verfügung gestellt hatte. Als Stellvertreter stehen ihr die Schwälmer Landtagsabgeordnete Wiebke Knell und der Frankfurter Dr. Thorsten Lieb zur Seite. Mit Generalsekretär Moritz Promny aus dem Odenwald und Schatzmeister Dr. Matthias Büger aus Wetzlar wurden zwei Landtagsabgeordnete in ihren Ämtern bestätigt. Komplettiert wird das Präsidium von dem Bundestagsabgeordneten Alexander Müller (Rheingau-Taunus-Kreis), dem Offenbacher Landtagsabgeordneten Oliver Stirböck sowie Leonie Fliess (Darmstadt) und Max Grotepaß (Werra-Meißner-Kreis), die dem Gremium erstmalig angehören.

In ihrer Rede hielt Stark-Watzinger ein leidenschaftliches Plädoyer für Freiheit, Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Bildungsgerechtigkeit. Sie kritisierte die Corona-Politik als „Kombination aus Entscheidungsschwäche, organisierter Verantwortungslosigkeit und überbordender Bürokratie". Die Lehre aus den vielen Fehlern der Pandemie-Bewältigung müsse sein, den verantwortungsbewussten Menschen stärker zu vertrauen.„Wir Freie Demokraten wollen mehr parlamentarische Demokratie in der Pandemie wagen."

> **„Wie sozial ein Staat ist, zeigt sich nicht an der Höhe des Sozialbudgets, sondern an den Chancen, die er gibt."**
>
> Bettina Stark-Watzinger, MdB
> Landesvorsitzende der FDP Hessen

Die neue Landesvorsitzende kündigte Akzente für eine starke Wirtschaft an. Dafür seien private Investitionen ebenso wichtig wie eine Entlastung für Unternehmen und Bürger. Wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit schrumpfe, seien die sozial Schwächeren die ersten Opfer, und der Staat verliere die Fähigkeit, die großen Herausforderungen zu bestehen, die sich jetzt stellten. Stark-Watzinger sagte ferner: „Wie sozial ein Staat ist, zeigt sich nicht an der Höhe des Sozialbudgets, sondern an den Chancen, die er gibt." Deshalb sei es jede Anstrengung wert, die Baustellen für mehr Bildungsgerechtigkeit anzugehen, darunter mehr Freiheit für die Schulen, exzellente Lehrerausbildung und frühkindliche Bildung.

Dr. Stefan Ruppert rief den Delegierten sein Motto „Freiheit wird nicht von der Tribüne verteidigt" einmal mehr in Erinnerung. „Uns alle im gemeinsamen Einsatz für die wunderbare Idee der Freiheit erlebt zu haben, macht mich dankbar", sagte der scheidende Parteichef in seiner Abschiedsrede. Nur die Freien Demokraten vertreten das Menschenbild des eigenverantwortlichen, mündigen Bürgers. Die Welt werde nicht durch Verbote gerettet, sondern mittels wissenschaftlicher Innovation gemeinsam bewahrt. Am Ausgang der Pandemie würden die Menschen merken, „dass es wieder der Konzentration auf das bedarf, was wirklich zählt."

© FDP Landesverband Hessen

Dr. Stefan Ruppert übergibt den Staffelstab an seine Nachfolgerin Bettina Stark-Watzinger.

Generalsekretär Moritz Promny analysierte die politische Lage im Jahr der Bundestagswahl: Während die SPD im Wesentlichen mit sich selbst beschäftigt sei, würden die Grünen bereits als neue bürgerlich-liberale Partei bezeichnet. Und das, obwohl die Liste grüner Bevormundung lang sei. Zu den Christdemokraten ergänzte er: „Wir Bürger haben ein Jahr lang von Kanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Volker Bouffier gehört, was alles nicht geht. (...) Nach dem Osterdebakel möchten wir endlich sehen, dass

mehr geht als bisher." Schließlich habe sich die Gesamtsituation mit der Zulassung verschiedener Impfstoffe und der Entwicklung moderner Schnelltests verändert.

Die Freien Demokraten seien die einzige verlässliche bürgerliche Option, weil sie den Wählern mit gesundem Menschenverstand und klugen parlamentarischen Initiativen intelligente Perspektiven aufzeigten.

DER NEUE LANDESVORSTAND:
fdp-hessen.de/landesvorstand

Unsere Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Die Landesvertreterversammlung stellte am 28. März 2021 in Willingen die Landesliste zur Bundestagswahl am 26. September auf. Die Präsenzveranstaltung fand unter Einhaltung eines strikten Hygienekonzeptes statt, das aus einer Hygieneschleuse mit Fiebermessung und Händedesinfektion, Corona-Schnelltests und einer Maskenpflicht in der Tagungshalle bestand. Zudem wurde ein Sicherheitsdienst beauftragt, die Einhaltung der pandemiebedingten Maßnahmen zu kontrollieren.

Mit 94,8 Prozent wurde Bettina Stark-Watzinger einen Tag nach ihrer Wahl zur Landesvorsitzenden auch zur Spitzenkandidatin der hessischen Freidemokraten für die Bundestagswahl gewählt. Die 53-jährige Bad Sodenerin gehört dem Deutschen Bundestag seit 2017 an und ist Parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Bundestagsfraktion. Mit einem starken hessischen Ergebnis will sie einen wichtigen Beitrag leisten, um die Freien Demokraten wieder zur gestaltenden Kraft in Deutschland zu machen.

1. Bettina Stark-Watzinger

2. Dr. Thorsten Lieb

3. Till Mansmann

4. Alexander Müller

5. Jürgen Lenders

6. Katja Adler

7. Peter Heidt

8. Dennis Pucher

9. Jochen Rube

10. Dr. Julia von Buttlar

WEITERE LISTENPLATZIERUNGEN:
fdp-hessen.de/landesliste-zur-btw-2021

Bildnachweis – Platz 1: Tobias Koch; Platz 2: FDP Frankfurt; Platz 3: Rina Zinman; Platz 4: Büro Alexander Müller, MdB; Platz 5: Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag; Platz 6: Daniela Steffek; Platz 7: Yolanda Alexiev; Platz 8: Jakob Erl; Platz 9: Tim Trela; Platz 10: Lotte Cellarius

Multitalent Wasserstoff

© Lea Toews/iStock/Getty Images Plus

Wenn es um Klimaschutz geht, sind die Freien Demokraten im Hessischen Landtag Regierung und Mitbewerbern einige Schritte voraus: Sie machen sich seit langem für Wasserstoff als kohlendioxidfreien Energieträger stark und fordern eine hessische Wasserstoff-Strategie. Jetzt haben die Liberalen auch einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

Was ausgerechnet den Grünen in der Hessischen Landesregierung nicht gelingt, zeigen die Freien Demokraten im Hessischen Landtag auf: „Klimaschutz muss nicht Verzicht bedeuten. Wenn man auf die richtigen Technologien setzt, sind Klimaschutz und Wohlstand gut in Einklang zu bringen. Das muss das Ziel sein", erklärt René Rock, Fraktionsvorsitzender und energiepolitischer Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag.

Er sieht die Lösung zum Einsparen von Kohlendioxid (CO_2) und damit den Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende im Einsatz von Wasserstoff. „Wir sind überzeugt, dass die Fokussierung der Landesregierung auf Windkraft falsch ist. Windkraftanlagen können im Offshore-Bereich sinnvoll sein, im Wald sind sie es definitiv nicht. Im Wasserstoff hingegen liegt eine Riesen-Chance. Wasserstoff ist kohlendioxidfrei, wirtschaftlich und technologieoffen. Durch den Einsatz von Wasserstoff bei der Energiegewinnung gelingt der Übergang vom fossilen Industriezeitalter in eine moderne und nachhaltige Wirtschaft", sagt Rock und veranschaulicht: „Wasserstoff ist ein Multitalent: Er kann als Energieträger für Mobilität, Industrie sowie Wärme- und Stromversorgung genutzt werden. Konkret heißt das, dass zum Beispiel ein Bus mit Wasserstoff-Antrieb fährt oder ein Gebäude dank einer Brennstoffzelle warm bleibt."

Rock treibt das Thema Wasserstoff bereits seit langem mit Nachdruck voran, hat Unternehmen besucht und zahlreiche Gespräche mit Expertinnen und Experten geführt. Er ist sich, nicht nur mit Blick auf Chemie-Standorte wie den Industriepark Höchst, sicher: „Hessen hat gute Voraussetzungen und Kompetenzen, um Wasserstoff als Energieträger zu nutzen. Wir wissen, wie man Wasserstoff gewinnt, wie man ihn lagert, wie man ihn transportiert und wie man ihn nutzt." Ein ums andere Mal haben die Freien Demokraten im Hessischen Landtag eine Wasserstoff-Strategie für Hessen gefordert und auch einen entsprechenden Antrag gestellt. Nun ist die FDP erneut Vorreiter und hat noch vor der Sommerpause den Entwurf eines Hessischen Wasserstoff-Zukunftsgesetzes in den Landtag eingebracht. Er wird jetzt in den Gremien beraten.

Nach Ansicht der Liberalen ist Eile durchaus geboten, denn andere (Bundes-)Länder sind Wasserstoff gegen-

über aufgeschlossener und daher längst weiter als Hessen. Hessen müsse aufpassen, dass das Wasserstoff-Netz – bis 2030 werden 1300 Kilometer Wasserstoff-Leitungen in Deutschland durch Umrüstung oder Neubau errichtet – nicht um Hessen herum verlaufe, wenn keine entsprechenden Signale pro Wasserstoff aus Wiesbaden gesendet werden. „Man muss gar nicht bis nach Asien schauen, wo einige Länder längst umfassende Programme zur Förderung wasserstoffbasierter Zukunftstechnologien gestartet haben", sagt Rock.

„Die Europäische Union hat im Juni 2020 ihre Wasserstoff-Strategie vorgestellt, die Bundesregierung ihre nationale Strategie nur einen Monat später. Einige Bundesländer haben bereits gemeinsam ein Strategiepapier entwickelt." In Hessen fehle ein solches Papier noch. Es sei aber dringend erforderlich, wolle man Fördergelder in Anspruch nehmen. „Der Bund stellt hohe Summen für die Umsetzung der Wasserstoff-Strategie zur Verfügung. Insgesamt kann bis zu einer Milliarde Euro nach Hessen fließen. Dafür muss der Wasserstoff-Ruck, der durch die ganze Welt geht, aber endlich auch in Hessen ankommen", betont Rock. Die geforderte und im von den Freien Demokraten vorgelegten Gesetzentwurf verankerte hessische Wasserstoff-Strategie müsse auf den Säulen „Erzeugung und Versorgung", „Verteilung" und „Anwendung" von Wasserstoff stehen und die in der europäischen und nationalen Strategie beschriebenen Grundsätze konkretisieren.

Ein besonderer Fokus solle auf dem Verkehrssektor liegen, der ohne den internationalen Luftverkehr mit mehr als 40 Prozent der CO_2-Emissionen die größte Emissionsquelle in Hessen darstelle. „Wasserstoff kann als Energieträger für emissionsfreie Antriebe für Autos und Lastwagen sowie für Busse und Schienenfahrzeuge eingesetzt werden. Er kann aber auch Basis für die Erzeugung klimaneutraler Treibstoffe, sogenannter E-Fuels, sein. Das ist umso bedeutender, als dass es ohne E-Fuels kaum möglich sein wird, den Luftverkehr klimaneutral umzurüsten", macht Rock klar.

MEHR ZUM THEMA:
fdp-fraktion-hessen.de/aktuelles-thema/wasserstoff-zukunftsgesetz/

Der Aktualität des Themas Nachdruck verliehen hat der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März dieses Jahres, wonach das Bundes-Klimaschutzgesetz bis Ende kommenden Jahres nachzubessern ist und für die Zeit nach 2030 bis zum Erreichen der Klimaneutralität verbindliche Ziele für die Minderung von Treibhausgasemissionen formuliert werden müssen. „Auch die Hessische Landesregierung hat sich verpflichtet, die Emissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 abzusenken. Allein: Seit die Grünen der Landesregierung angehören und Verantwortung für Energie und Klima tragen, hat Hessen seinen zunächst erfolgreich eingeschlagenen Weg verlassen – die Emissionen liegen über beziehungsweise auf dem bereits im Jahr 2014 erreichten Niveau, sind im letzten vorliegenden Bilanzjahr sogar noch um 200.000 Tonnen gestiegen", ärgert sich Rock. „Hessen muss also den CO_2-Abbaupfad wieder beschreiten, um die verbindlichen Klimaschutzziele wieder zu erreichen. Und auch die hessischen Unternehmen benötigen Perspektiven, um die Klimaschutzanforderungen umsetzen und von den Wachstums- und Entwicklungsperspektiven des Green Deal der Europäischen Kommission profitieren zu können."

© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

René Rock unterwegs mit einem Wasserstoff-Bus im Industriepark Höchst.

Bei der Begutachtung einer Wasserstoff-Turbine bei Kawasaki.

LUDGER WÖSSMANN
Ludger Wößmann leitet das ifo Zentrum für Bildungsökonomik und ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

© ifo Institut

Priorität für Bildung

Von Prof. Dr. Ludger Wößmann

Die Kinder und Jugendlichen haben unter der Corona-Pandemie wohl am meisten gelitten. Trotz anderslautender Beteuerungen wurden ihre Belange bei Lockdown-Entscheidungen und Hilfspaketen immer wieder zurückgestellt. Viele Schüler*innen waren mehr als zwei Drittel (!) eines Schuljahres nicht in der Schule. Selbst nach fast einem Jahr Pandemie hatte nur etwa ein Viertel der Schüler*innen bei Schulschließungen täglich gemeinsamen Videounterricht, zwei von fünf Schüler*innen hingegen nur höchstens einmal pro Woche. Die tägliche Lernzeit hatte sich während der ersten Schulschließungen im Frühjahr 2020 halbiert, auch Anfang 2021 lag sie noch drei Stunden unter einem üblichen Schultag vor Corona. Das hat weitreichende Folgen für die kognitive, soziale, psychische und emotionale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen.

Wenn man die Politik an ihrem Handeln bemisst, wurde die Zukunft einer ganzen Schülergeneration hintangestellt. Andere europäische Länder haben durch striktere Einschränkungen für Erwachsene alles darangesetzt, die Schulen offen zu halten und den Schulkindern gute Bildung zu ermöglichen. Bei uns sind die Prioritäten nicht richtig gesetzt.

Die Folgen werden schwerwiegend sein, für die betroffenen Schüler*innen und für unsere Gesellschaft insgesamt. Die Forschung belegt einen starken Einfluss von Schulbesuch und Kompetenzerwerb auf wirtschaftlichen Wohlstand. Im Durchschnitt geht ein Verlust von dem, was man in einem drittel Schuljahr lernt, langfristig mit rund drei Prozent niedrigeren Erwerbseinkommen im Lebensverlauf einher. Wenn wir nicht massiv gegensteuern, wird es zu deutlichen Einkommensverlusten kommen.

Die in internationalen Schülertests gemessenen Basiskompetenzen der Menschen haben sich auch als entscheidender Faktor dafür erwiesen, warum einige Volkswirtschaften viel schneller wachsen als andere. Die Wachstumseinbußen, wenn die aktuelle Schülergeneration die Kompetenzen eines drittel Schuljahres einbüßt, entsprächen bis zum Ende des Jahrhunderts einem durchschnittlich anderthalb Prozent niedrigeren Bruttoinlandsprodukt. Das sind für Deutschland über zwei Billionen Euro. Die langfristigen Kosten der Bildungsverluste werden die kurzfristigen Kosten des Konjunktureinbruchs weit in den Schatten stellen.

Die Bildungsverluste sind bei den eh schon Benachteiligten besonders groß: Kinder aus bildungsfernen Familien und leistungsschwächere Schüler*innen, denen das selbständige Lernen ohne die übliche Unterstützung der Lehrkräfte besonders schwerfällt. Es ist ein zentrales Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft, die Menschen zu eigenverantwortlicher Teilhabe an Markt und Gesellschaft zu befähigen. Alle Kinder und Jugendlichen mit dem notwendigen Fundament an Kompetenzen auszustatten – dieser entscheidenden Rolle für zukünftigen Wohlstand und Chancengleichheit ist die Bildungspolitik in der Corona-Krise nicht gerecht geworden.

Was jetzt zu tun ist

Um die durch die Schulschließungen entstandenen Bildungsdefizite aufzuholen, sollten Bund und Länder umfangreiche Mittel für Fördermaßnahmen für benachteiligte Kinder und Jugendliche bereitstellen. Die Maßnahmen müssen besser als bisher auf Kinder aus bildungsfernen Schichten und leistungsschwächere Schüler*innen konzentriert werden. In den Schulen sollten flächendeckend Förderunterricht am Nachmittag und Ferienprogramme angeboten werden. Darüber hinaus sollte in außerschulische Zusatzangebote wie Nachhilfeunterricht und studentische Mentor*innen investiert werden, die den zurückgefallenen Schüler*innen individuell helfen.

Die Politik sollte auch dringend in qualitativ hochwertige digitale Bildung investieren. Neben besserer Breitbandinfrastruktur benötigen wir Investitionen in anwendungsorientierte Konzepte zur Nutzung digitaler Technologien und in adaptive Lernsoftware, die die Schüler*innen individuell nach ihrem jeweiligen Lernstand fördert. Dazu muss das pädagogische Personal im professionellen Einsatz digitaler Medien geschult und unterstützt werden.

Die Forschung hat allerdings gezeigt, dass Geld allein noch nicht zu besseren Ergebnissen führt. Damit die Mittel auch effektiv eingesetzt werden, sind zum einen Strukturreformen im föderalen System und vereinfachte Verwaltungsabläufe notwendig. Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten müssen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden klarer geregelt werden. In einer Praxis der verbindlichen Kooperation sollten sich die Länder stärker koordinieren und gemeinsame Standards setzen.

Zum anderen sollte der Bund die bereitgestellten Mittel daran koppeln, dass die Länder in einem Staatsvertrag gemeinsame Zwischen- und Abschlussprüfungen einführen. In einem gemeinsamen Kernabitur sollten in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch deutschlandweit Prüfungsbestandteile gemeinsam durchgeführt werden. Einheitliche Prüfungen setzen ein verbindliches Ziel, auf das sich Lehrkräfte und Schüler*innen vorbereiten müssen.

Persönliches

Gedenken an Heinz Herbert Karry

Am 11. Mai 2021 jährte sich der mutmaßlich von Linksextremisten begangene Mord an Heinz Herbert Karry zum 40. Mal. Dies nahmen die hessischen Freidemokraten zum Anlass, um dem ehemaligen hessischen Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten auf dem Frankfurter Hauptfriedhof zu gedenken. Unsere Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger bezeichnete den Mord an Karry als „Mahnung, die Ideale Freiheit und Demokratie zu verteidigen und jeglichen Extremismus zu bekämpfen". Fraktionsvorsitzender René Rock erinnerte an Karrys „Engagement für einen leistungsstarken Mittelstand, für gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheit sowie für eine starke politische Mitte". Heinz Herbert Karry trat 1949 der FDP bei und wurde 1960 in den Hessischen Landtag gewählt. Bei der Landtagswahl 1970 trat er, inzwischen Fraktionsvorsitzender, als Spitzenkandidat an und wurde in einer Koalition mit den Sozialdemokraten Staatsminister. Auch auf Bundesebene machte sich Karry für die FDP verdient: Er gehörte dem Bundesvorstand an und wurde 1974 zum Bundesschatzmeister gewählt.

© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Bettina Stark-Watzinger und René Rock bei der Kranzniederlegung auf dem Frankfurter Hauptfriedhof.

Bundesparteitag: Hessen im Bundesvorstand

Die hessischen Freidemokraten sind weiterhin stark in den Führungsgremien der Bundespartei vertreten. Das ist das Ergebnis der Vorstandswahlen auf dem Mitte Mai durchgeführten digitalen Bundesparteitag. Unsere Landesvorsitzende Bettina Stark-Watzinger wurde mit überragenden 91 Prozent erneut in das Präsidium gewählt, wo sie gemeinsam mit Nicola Beer, die als stellvertretende Bundesvorsitzende bestätigt wurde, die hessische Fahne hochhält. Als Mitglied des Bundesvorstands bestätigt wurde der Vorsitzende unserer Landtagsfraktion, René Rock. Neu in diesem Gremium ist unser Generalsekretär Moritz Promny. Wir gratulieren allen Gewählten und wünschen für den Bundestagswahlkampf viel Erfolg. Unsere Landesvorsitzende zeigte sich zuversichtlich: „Wir machen den Wählerinnen und Wählern ein Angebot für den Weg unseres Landes aus der Corona-Krise. Nie gab es mehr zu tun. Wir setzen dabei auf Themen wie Freiheit, Marktwirtschaft, Bildung und Digitalisierung, deren Bedeutung in der Krise noch einmal deutlich geworden ist."

Bettina Stark-Watzinger

Nicola Beer

René Rock

Moritz Promny

© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag / FDP Landesverband Hessen / FDP-Bundespartei / Chaperon

Aus den Bezirksverbänden

Mit der Wiederwahl von Dr. Stefan Naas zum Bezirksvorsitzenden setzen die Freien Demokraten im Rhein-Main-Gebiet auf personelle Kontinuität. Der Landtagsabgeordnete aus Steinbach am Taunus sitzt dem größten Bezirksverband bereits seit 2014 vor. Einen Führungswechsel gab es hingegen bei den Freidemokraten in Südhessen. Der Heppenheimer Bundestagsabgeordnete Till Mansmann übernahm den Vorsitz von Moritz Promny, der sein Amt nach sieben Jahren zur Verfügung stellte, um seine Arbeit noch stärker auf sein Amt als Generalsekretär der hessischen Freidemokraten zu konzentrieren. Wir gratulieren beiden Bezirksvorsitzenden herzlich zur Wahl.

© Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Dr. Stefan Naas

© Rina Zinman

Till Mansmann

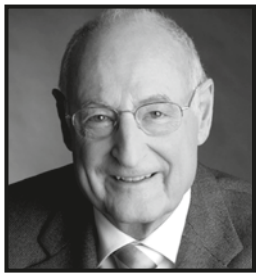
Ruhestand

© Ralf Kaltenbach

Nach 30 Dienstjahren geht Elke Pluntke als Büroleiterin der Landesgeschäftsstelle im September in den wohlverdienten Ruhestand. Was die gebürtige Mainzerin in dieser Zeit alles erlebt hat, verdeutlicht die folgende Aufzählung nur ansatzweise: sieben Landesgeschäftsführer, vier Landesschatzmeister, drei Geschäftsstellenumzüge und unzählige Landesparteitage. Ihren letzten in Willingen nahmen Dr. Stefan Ruppert und Bettina Stark-Watzinger Ende März zum Anlass, um die 64-Jährige für ihre zuverlässige Arbeit und jahrzehntelange Treue zu würdigen. Die Delegierten spendeten der künftigen Ruheständlerin ausgiebig Beifall. Wir wünschen ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Nachruf

Wenige Tage nach seinem 91. Geburtstag verstarb das liberale Urgestein Wolfgang Schwarz aus Wiesbaden. Der gebürtige Chemnitzer, der nach seiner Flucht aus der DDR Anfang der 50er Jahre in Darmstadt ein Studium der Bauingenieurwissenschaften aufnahm, war über 70 Jahre Mitglied der Freien Demokraten. In den Anfangsjahren war er Mitgründer einer liberalen Hochschulgruppe und Schatzmeister der Hessischen Jungdemokraten unter Vorsitz von Wolfgang Mischnick. Seit Anfang der 60er Jahre engagierte sich Wolfgang Schwarz im Wiesbadener Kreisvorstand. Auch hier galt seine besondere Leidenschaft der Schatzmeisterei. Bis ins hohe Alter wachte er über die Finanzen seines Kreisverbandes. Auch in der Kommunalpolitik machte er sich einen Namen, zunächst als Stadtverordneter, später als Fraktionsvorsitzender sowie ehrenamtlicher Stadtrat. Zu erwähnen ist auch seine langjährige Mitgliedschaft in der Regionalversammlung Südhessen. Wolfgang Schwarz war über die Parteigrenzen hinaus beliebt und als Gesprächspartner geschätzt. 2005 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Der Landesverband wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



© FDP Wiesbaden

ANZEIGE

Ein Zollstock kann die Qualität eines Betriebes nicht messen!*

* Mitte 2021 wird der Markt für Online-Glücksspiel bundesweit geöffnet. Zeitgleich drohen in einigen Bundesländern Schließungswellen für staatlich konzessionierte Spielhallen. Verantwortlich dafür sind antiquierte Mindestabstände in den Landesgesetzen. Diese Zwangsschließungen werden auch ein Loch in die kommunalen Haushalte reißen!

www.admiral-games.de

Mit über 550 Standorten gehört ADMIRAL zu den erfolgreichsten Spielhallenfilialisten Deutschlands und steht für ein legales, staatlich konzessioniertes Glücksspielangebot auf höchstem Niveau.

ADMIRAL